


**NEWSLETTER VON DR. SASCHA RAABE**  
**AUSGABE 6/ 2015**
**Pressemitteilung vom 7.05.2015**
**Arbeitsplätze in Hanau erhalten**
**Geschäftsführung, Betriebsrat und Politiker diskutieren über Zukunft der Vacuum-  
schmelze**


Der Appell ist eindeutig: Die Arbeitsplätze bei der Vacuum-  
schmelze (VAC) in Hanau sollen  
erhalten bleiben. Das machten  
Hanaus Oberbürgermeister Claus  
Kaminsky, Bundestagsabgeord-  
neter Dr. Sascha Raabe und der Vor-  
sitzende der SPD-Kreistags-  
fraktion, Rodenbachs Bürgermei-  
ster Klaus Schejna, in einem Ge-  
spräch mit der Geschäftsführung  
der VAC und der Betriebsrätin Cor-  
nelia Gramm deutlich. Raabe, der  
sich bereits im März mit einem  
eindringlichen Schreiben an die  
Geschäftsführung gewandt hatte:  
„Es muss durch eine Stärkung des  
Standortes jetzt alles dafür getan  
werden, damit die Jobs in Hanau  
bleiben. Die Mitarbeiterinnen und  
Mitarbeiter der VAC haben in den  
letzten Jahren bereits einiges er-  
tragen. Weitere Einschnitte sind  
nicht hinnehmbar.“

Die VAC steht nach den Ereignis-  
sen der Vergangenheit unter be-  
sonderer Beobachtung. „Die VAC  
trägt einen Rucksack“, sagte OB  
Kaminsky. „Es ist viel Vertrauen  
verloren gegangen“. 2011 hatte der  
Finanzinvestor One Equity Part-  
ners die Firma für 700 Millionen  
Euro an das Spezialchemieunter-  
nehmen OM Group (USA) verkauft  
und damit fast 350 Millionen Euro  
Gewinn gemacht, während die  
Belegschaft zuvor auf Lohn ver-  
zichtet hatte. „Die Kommunikati-  
on damals war ein Desaster und  
der Vorgang an sich eine Sauerei“,  
erinnerte Kaminsky. Die neuen  
Chefs wollen den „Rucksack“ wie-  
der abstreifen, so Pressesprecher  
Matthias Marquardt: „Über eine  
offene Kommunikation wollen wir  
nachhaltig Vertrauen aufbauen  
und damit einen anderen Weg  
gehen als unsere Vorgänger.“


**Dr. Sascha Raabe**  
**MdB**  
 Bürgermeister a.D.

**Kontakt:**  
**Deutscher Bundestag**  
 Platz der Republik  
 11011 Berlin  
 Tel: (030) 227 - 73334  
 Fax: (030) 227 - 76376  
 Email: sascha.raabe@bundestag.de

**Wahlkreisbüro**  
 Am Freiheitsplatz 6  
 63450 Hanau  
 Tel: (06181) 24098  
 Fax: (06181) 259756

Dass Kommunikation allein nicht ausreichen wird, machte die Betriebsrätin Gramm klar. Sie monierte, dass der Betriebsrat bei den geplanten Umstrukturierungsprozessen nur Zuhörer sei. SPD-Mann Raabe unterstützte sie in ihrer Kritik: „Wenn es um die Existenzen von Arbeitnehmern geht, muss der Betriebsrat eingebunden und nicht bloß informiert werden.“ Allein eine betriebsverfassungsgemäße Beteiligung reiche nicht aus, ergänzte Kaminsky.

Von der Geschäftsleitung kamen positive Signale. Der Standort Hanau bleibe Innovationszentrum und Produktionsstandort. In Maschinen, Infrastruktur und Forschung werde mit zweistelligen Millionenbeträgen noch stärker investiert. „Meine Überzeugung ist, dass wir betriebsbedingte Kündigungen nicht brauchen“, erklärte CEO Richard Boulter. Ziel sei es, den Weg über normale Fluktuation, Altersteilzeit, Aufhebungsverträge und das Auslaufen von Zeitverträgen zu gehen. Der Abbau von 340 Stellen sei ein „Worst-Case-Szenario“. Man arbeite an allen Stellschrauben, um möglichst viele der aktuell noch 1485 Jobs in Hanau zu erhalten.

Boulter machte deutlich, mit welchen Problemen die VAC aus Sicht

der Geschäftsführung zu kämpfen habe: Preis- und Kostendruck, weltweite Überkapazitäten, starker Wettbewerb aus China und der Wegfall mehrerer Großaufträge. „Auf einem wachsenden Markt ist unser Trend negativ. Maximal können wir eine schwarze Null erreichen“, erklärte Boulter. Der traditionsreiche Spezialist für magnetische Spezialwerkstoffe sei deshalb zu einer „Neupositionierung“ gezwungen. Gramm hielt dagegen, dass die Fertigung voll ausgelastet, und die Produkte konkurrenzfähig seien, das nicht die Verlagerung in Niedriglohnländer sondern Innovationen und neue Produkte die Zukunft der VAC sichern, denn hier werde seit einigen Jahren zu wenig investiert. Es gehe dem Inhaber aber nur um kurzfristige Gewinnmaximierung, und genau das sei auch die Vorgabe aus Amerika.

„Bauen sie Vertrauen auf, um einen gemeinsamen Weg zu finden, keine Jobs abzubauen“, appellierten Raabe, Kaminsky und Schejna gemeinsam an die Geschäftsleitung. Die Frage des Bundestagsabgeordneten, ob es noch Hoffnung gebe, beantwortete VAC-Chef Boulter mit einem Wort: „Sicher!“.



**Dr. Sascha Raabe**  
**MdB**  
Bürgermeister a.D.

**Kontakt:**  
**Deutscher Bundestag**  
Platz der Republik  
11011 Berlin  
Tel: (030) 227 - 73334

**Wahlkreisbüro**  
Am Freiheitsplatz 6  
63450 Hanau  
Tel: (06181) 24098  
Fax: (06181) 259756

### Bericht aus Berlin vom 30.04.2015

#### Fluchtursachen bekämpfen

Die Bilder der ertrinkenden Flüchtlinge im Mittelmeer sind unerträglich. Dieses sinnlose Sterben muss endlich beendet werden. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wenn an den Außengrenzen der EU verzweifelte Menschen zu Hunderten ihr Leben lassen, weil sie versuchen, der Not in ihrer Heimat zu entkommen. Was also ist zu tun? Neben der jetzt notwendigen Soforthilfe zur Verbesserung der Rettungsmaßnahmen wird es darauf ankommen, langfristig den Kern des Problems, nämlich die eigentlichen Fluchtursachen anzugehen. Keiner der Flüchtlinge würde freiwillig seine Heimat verlassen, wä-

re die Armut in seinem Land nicht so groß, dass er lieber den gefährlichen Weg auf sich und die Lebensgefahr in Kauf nimmt. Die Hauptfluchtursachen sind Hunger und extreme Armut sowie Krieg und Vertreibung. Wobei gerade die Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent oftmals ebenfalls armutsbedingt sind. Es geht dann beispielsweise um den gerechten Zugang zu Wasser und Land oder zu Rohstoffen.

Eine spürbare Verringerung der Armut in den Herkunftsländern ist also der Schlüssel zur Eindämmung der Flüchtlingsströme. Nur



wer den Menschen vor Ort in ihrer Heimat eine Perspektive verschafft, kann der derzeitigen unkontrollierten Flucht Herr werden und so auf Dauer das Sterben verhindern. Hier ist auch die deutsche Entwicklungspolitik gefordert. Es geht darum, in den Ländern eine Infrastruktur zu schaffen, Bildungs- und Gesundheitssysteme aufzubauen und letztlich fair bezahlte Jobs zu ermöglichen, die den Menschen eine gute Lebensperspektive eröffnen. Eine sehr gute Nachricht ist es daher, dass nach langem Kampf, an dem ich auch persönlich hartnäckig beteiligt war, die deutschen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit jetzt end-

lich erheblich aufgestockt werden sollen. Für das kommende Jahr ist ein Plus von rund 1,2 Milliarden Euro geplant. Damit lässt sich einiges bewirken.

Selbstverständlich entbinden uns die langfristig angelegten Maßnahmen nicht von der Pflicht, jetzt zuallererst die Rettungsmaßnahmen zu verbessern und diejenigen, die zu uns kommen, menschenwürdig aufzunehmen. Das ist eine nationale Aufgabe. Es muss daher schnell geklärt werden, dass der Bund die Kommunen dabei mehr unterstützen muss, als das bisher der Fall ist.

Pressemitteilung vom 28.04.2015

### Raabe zieht positive Bilanz der Städtebauförderung

12 Mio. Euro für Hanau, Erlensee und Maintal

In beträchtlichem Umfang sind in den zurückliegenden zehn Jahren Bundesmittel für Maßnahmen zur Städtebauförderung nach Hanau, Maintal und Erlensee geflossen. Das teilte der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Sascha Raabe im Vorfeld des ersten bundesweiten „Tages der Städtebauförderung“ am 9. Mai mit. Insgesamt summieren sich die Bundesfördermittel der letzten Jahre für die drei Kommunen auf rund 12 Mio. Euro. „Und jeder Euro davon“, findet Raabe, „ist hier bei uns gut angelegt.“

Raabe lobt insbesondere die Projekte, die im Rahmen des Sozialen Stadt-Bundesprogramms gefördert wurden. In Hanau waren dies Vorhaben im Freigerichtsviertel, im Lamboy und in der Südlichen Innenstadt. Hinzu kommen das Maintaler Vorhaben in Dörnigheim/Bischofsheim sowie eine Fördermaßnahme in Erlensee-Rückingen. Daneben gibt es in der Hanauer Innenstadt und in Hanau-Steinheim weitere Vorhaben, die aus dem Zentrenprogramm und dem Programm Sanierung und Entwicklung West gefördert wurden.

Mit dem Städtebauförderungsprogramm "Soziale Stadt" unterstützt der Bund die Stabilisierung und Aufwertung städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligter und strukturschwacher Stadt- und Ortsteile. Ziel ist es, vor allem lebendige Nachbarschaften zu befördern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Unter der letzten Bundesregierung stand das Programm auf der Kippe und wurde erst mit dem Regierungswechsel wieder massiv aufgestockt. Raabe: „Es war richtig und wichtig, dass wir uns als SPD für das Soziale-Stadt-Programm stark gemacht haben. Das Programm war und ist, wie auch die übrigen Programme zur Städtebauförderung, eine Erfolgsstory.“ Es sei wichtig, so Raabe, ein Wohn- und Lebensumfeld zu schaffen, dass ein soziales Miteinander fördere. Er werde sich dafür einsetzen, dass auch in Zukunft entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt würden. Die Bundesregierung hatte die Förderung des Städtebaus bereits 2014 auf insgesamt 700 Mio. Euro angehoben.



**Dr. Sascha Raabe**  
**MdB**  
Bürgermeister a.D.

**Kontakt:**  
**Deutscher Bundestag**  
Platz der Republik  
11011 Berlin  
Tel: (030) 227 - 73334

**Wahlkreisbüro**  
Am Freiheitsplatz 6  
63450 Hanau  
Tel: (06181) 24098  
Fax: (06181) 259756



Namensbeitrag vom 7.05.2015

### Umgang mit Konfliktmineralien verbindlich regeln!

Blutdiamanten, Konfliktmineralien – was immer die Schlagworte der schmutzigen Geschäfte sind, sie haben eines gemeinsam: Sie halten eine Maschinerie des Tötens am Laufen. Marodierende Banden verbreiten mit ihren Grausamkeiten Angst und Schrecken, finanziert auf dunklen Kanälen. In illegalen Minen werden unter menschenunwürdigen Bedingungen oft durch Kindersklaven Rohstoffe abgebaut, aus deren Erlösen die Warlords dann Kämpfer und Waffen bezahlen. Und da der Hunger der Industrieländer nach bestimmten Rohstoffen wie Tantal, Zinn oder Wolfram etwa für die Herstellung von Handys und Computern groß ist, sprudeln die Einnahmen.

Diese Spirale der Gewalt muss endlich durchbrochen werden. Wie das gehen kann? Indem man eben jene dunklen Kanäle durch klare und verbindliche gesetzliche Vorgaben für den Handel mit Rohstoffen trocken legt. Transparenz ist das Zauberwort, also die Nachvollziehbarkeit der Handelskette, um die illegale Herkunft der Ware ausschließen zu können.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich jetzt – übrigens ebenso wie zuvor bereits die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament – für verpflichtende Zertifizierungen ausgesprochen, die einen einwandfreien Nachweis ermöglichen sollen. Im jüngst verabschiedeten Positionspapier der Fraktion zu den Nachhaltigkeitszielen der UN heißt es dazu unter dem Punkt Menschenwürdige Arbeit: „Für den Handel mit bestimmten Rohstoffen (z.B. sog. Konfliktmineralien) wollen wir verpflichtende Zertifizierungsmechanismen einführen. Wir wollen ausschließen, dass der Handel mit diesen Rohstoffen weiterhin der Finanzierung von Krieg und Terror dient.“

Diese eindeutige Positionierung der Fraktion sendet ein starkes Signal nach Brüssel, denn leider setzt die Europäische Kommission in ihrem entsprechenden Verordnungsvorschlag weiter auf Freiwilligkeit. Wir können in dieser Frage aber nicht länger allein auf das freiwillige Verantwortungsbewusstsein des „guten“ Unternehmers setzen. Dafür gibt es zu viele schwarze Schafe, die mit dem Bezug von Rohstoffen aus illegalen Minen gute Geschäfte machen. Hier brauchen wir klare rechtliche Leitplanken.

In den USA gibt es mit dem sogenannten Dodd-Frank-Act bereits eine strenge Offenlegungspflicht für die Herkunft einzelner Rohstoffe aus dem Gebiet der Großen Seen, speziell aus dem Kongo. Börsennotierte Unternehmen müssen nachweisen, dass sie ihre Rohstoffe aus zertifizierten – und damit konfliktfreien – Minen beziehen. Das ist der richtige Weg. Nur so kann verhindert werden, dass Rohstoffeinnahmen in die Taschen von Kriminellen fließen. Neben vielen anderen fordert daher die kongolesische Bischofskonferenz die EU auf, die Erfahrungen der US-Regelung zu nutzen und ähnliche, verbindliche Vorgaben für den europäischen Markt einzuführen. Eindringlich hat erst kürzlich einer der Wortführer, Bischof Ambongo Besungu, im Rahmen einer Anhörung des Entwicklungsausschusses hier im Bundestag für entsprechende verbindliche EU-Maßnahmen geworben. Dabei lobte er, dass der EU-Entwurf im Gegensatz zum Dodd-Frank-Act über den Kongo hinaus weltweit Anwendung finden soll. Er kritisierte jedoch, dass neben der mangelnden Verbindlichkeit der EU-Regelung nicht die gesamte Lieferkette sondern nur ein kleiner Teil der Kette betroffen wäre.



**Dr. Sascha Raabe**  
**MdB**  
Bürgermeister a.D.

**Kontakt:**  
**Deutscher Bundestag**  
Platz der Republik  
11011 Berlin  
Tel: (030) 227 - 73334

**Wahlkreisbüro**  
Am Freiheitsplatz 6  
63450 Hanau  
Tel: (06181) 24098  
Fax: (06181) 259756



Sascha Raabe vor Ort

Bei der DGB-Demo am 1. Mai in Hanau



Bei der SPD Langenselbold zum Thema TTIP



**Dr. Sascha Raabe**  
**MdB**  
Bürgermeister a.D.

**Kontakt:**  
**Deutscher Bundestag**  
Platz der Republik  
11011 Berlin  
Tel: (030) 227 - 73334

**Wahlkreisbüro**  
Am Freiheitsplatz 6  
63450 Hanau  
Tel: (06181) 24098  
Fax: (06181) 259756

